

Schweiz: Niederlage für Gegner des Lehrplans 21

Lehrpläne für die Volksschule werden im Kanton Zürich weiterhin von einem gewählten Expertengremium erlassen. SVP und EDU wollten mit ihrer Initiative erreichen, dass das Volk das letzte Wort hat. Die Volksabstimmung vom 4. März 2018 schickte die Initiative bachab.



Die Lehrpläne für die Zürcher Volksschule werden vom Bildungsrat erlassen. Das neunköpfige Fachgremium wird vom Kantonsrat gewählt und besteht aus Vertretern von Bildungswesen, Wirtschaft, Kultur und Sozialwissenschaften. Die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» verlangte, dass Lehrpläne neu vom Kantonsrat genehmigt werden müssen. Im Falle eines Referendums hätte das Volk das letzte Wort gehabt. Die Initianten, vor allem SVP- und EDU-Politiker sowie der evangelikale Verein «Zukunft CH», forderten zudem indirekt, dass der neue Lehrplan 21 – der in Zürich in jedem Fall nach den Sommerferien eingeführt werden wird – nachträglich bewilligt werden müsste.

Die Initianten wollten mehr demokratische Mitsprache in Lehrplanfragen. Sie möchten Entscheide von grosser Tragweite – wie jenen zum Bildungskompass – nicht Fachexperten überlassen. Wenn Kantonsrat und Stimmvolk mitbestimmen dürften, erhöhe dies die Akzeptanz der gesellschaftlich bedeutenden Institution Volksschule und stärke den Föderalismus innerhalb der beschlossenen Harmonisierung der nationalen Bildungsziele. Das Volk sei es gewohnt, sich mit komplexen Sachfragen auseinanderzusetzen.

Die Einführung von neuen Lehrplänen sei bereits genügend demokratisch legitimiert, entgegneten jene, welche die Initiative ablehnen: Der Bildungsrat ist vom Kantonsrat gewählt, und ehe er einen neuen Lehrplan einführt, können sich Verbände und Schulgemeinden in einer breiten Vernehmlassung dazu äussern. Würde man die Genehmigung Kantonsräten oder dem Volk überlassen, drohten Lehrpläne zum Spielball politischer Interessen und pädagogisch unausgewogen zu werden.

Die Gegner des Lehrplans 21 stehen mit ihren Volksinitiativen für mehr politische Mitbestimmung in Lehrplanfragen auf verlorenem Posten. Erst im Mai haben die Solothurner die Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21» mit einer Zweidrittelmehrheit bachab geschickt. Im Februar scheiterte eine ähnliche Initiative im Aargau, und bereits früher haben die Landsgemeinde von Appenzell Innerrhoden und die Stimmberechtigten in Schaffhausen und im Thurgau ähnlich votiert.